

RP+ Geplante Salzabbau-Erweiterung

„Wir als Bevölkerung baden es aus“

Niederrhein - K+S will den Salzabbau in Xanten, Alpen und Rheinberg vorantreiben. Die Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten hat erhebliche Bedenken. Sie befürchtet, dass die Bevölkerung unter dem Vorhaben leiden wird.

27.03.2025 , 08:34 Uhr · 4 Minuten Lesezeit



Etwa 100 Menschen aus Alpen, Xanten, und Umgebung waren zum Informationsabend gekommen. Die Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten informierte über den geplanten weiteren Abbau in der Region.

Foto: RP/Markus Werning



Von **Markus Werning**

Verantwortlicher Redakteur Xanten/Rheinberg.

Die Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten hat am Dienstagabend in Alpen über ihre Bedenken gegen den geplanten weiteren Salzabbau des Unternehmens K+S zwischen Rheinberg, Alpen und Xanten informiert. In rund zweieinhalb Stunden erklärte sie sachlich und anschaulich ihre Kritik und beantwortete Fragen von Bürgerinnen und Bürgern. Etwa 100 Menschen aus Alpen, aber zum Beispiel auch aus Buderich, Ginderich und Xanten, waren ins Gemeindehaus in gekommen. Die Informationsveranstaltung war von der Evangelischen Kirchengemeinde organisiert worden. Sie hatte auch Vertreter von K+S eingeladen, wie sie erklärte. Vom Unternehmen war aber am Dienstagabend niemand vor Ort.

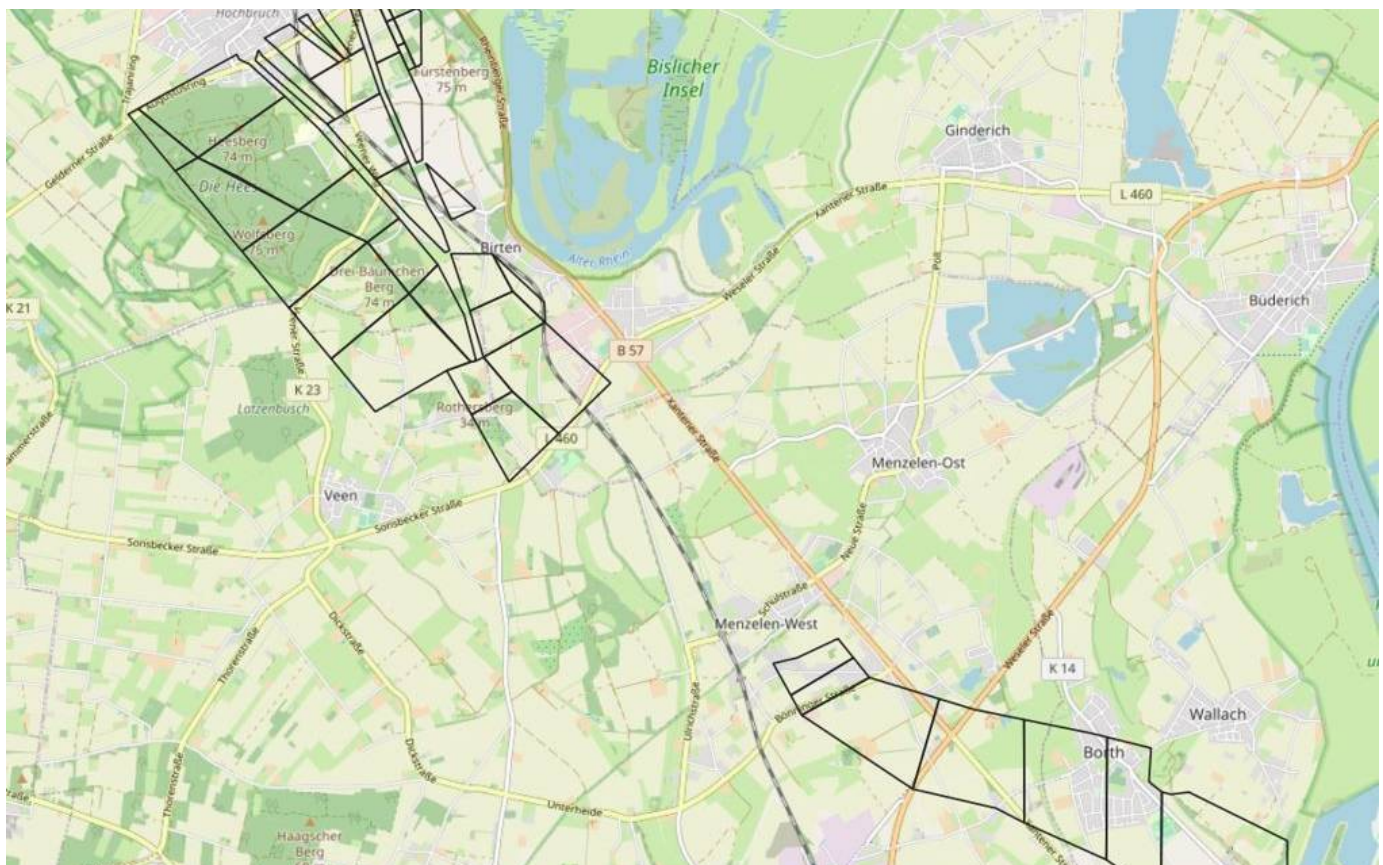
Hintergrund sind Pläne von K+S für das Salzbergwerk in Borth. Das Unternehmen möchte die unterirdischen Salzabbauflächen zwischen Xanten und Alpen sowie zwischen Menzelen, Borth und Wallach erweitern. K+S hat dafür im Frühjahr 2022 bei der zuständigen Bergbehörde in NRW, der Bezirksregierung Arnsberg, einen Antrag eingereicht. Diese bisher genehmigten Abbauflächen seien in einigen Jahren vollständig abgebaut, erklärte das Unternehmen damals. Deshalb sollten weitere Gebiete erschlossen werden, um bis 2050 den Rohstoff abbauen zu können. Es gehe darum, „die Zukunft des Salzbergbaus am Niederrhein zu sichern“.

INFO

Appell der Unternehmerin Christiane Underberg

Aufruf Die Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten hat rund 2000 Mitglieder. Die Mitgliedschaft ist kostenlos. „Wir müssen unser Gewicht vergrößern“, sagte Wilhelm Fischer, früherer Vorsitzender der Bürgerinitiative. „Wir müssen viel mehr Druck aufbauen.“ Claudia Kerkhoff vom Vorstand der Bürgerinitiative schloss sich an: „Allein können wir wenig tun, zusammen können wir viel erreichen.“ Unter den Anwesenden war auch die Unternehmerin Christiane Underberg. Auch sie rief dazu auf, sich zusammenzuschließen, um Druck auf die Politik und die Landesregierung auszuüben. Sie bedankte sich „ausdrücklich bei allen, die sich reinknien“. Weitere Informationen zum geplanten weiteren Salzabbau gibt die Bürgerinitiative auf ihrer Homepage unter www.salzbergbaugeschaedigte.de

Die betroffenen Kommunen Xanten, Alpen, Rheinberg und der Kreis Wesel, mehrere Verbände und Institutionen wie der Dombauverein und das Krankenhaus in Xanten, aber auch Bürger haben in den vergangenen Jahren erhebliche Bedenken gegen die Pläne von K+S geäußert, da ein Salzabbau langfristig eine Bodensenkung mit sich bringen wird. Deshalb werden Schäden an Gebäuden, Straßen, Kanälen und Deichen befürchtet. Auch die Unterlagen, die K+S mit dem Antrag auf Erweiterung der Abbauflächen eingereicht hat, wurden als unzureichend kritisiert. „Wir wollen dem Salzbergbau keine Steine in den Weg legen“, sagte Claudia Kerkhoff von der Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten. „Aber mit solchen Planungsunterlagen geht es nicht.“



Die neuen Abbaugelände würden zwischen Wallach, Borth und Menzelen-West sowie zwischen Xanten und Veen liegen.

Foto: Bürgerinitiative der Bergbaugeschädigten/Bezirksregierung in Arnsberg

Claudia Kerkhoff zeigte eine Karte, auf denen die geplanten, neuen Abbaugelände eingezeichnet waren: Demnach würden sie zwischen Wallach, Borth und Menzelen-West sowie zwischen Xanten und Veen liegen. Dort müsse dann in Zukunft mit Bodensenkungen gerechnet werden, und zwar auch noch in einem Radius von etwa einem Kilometer um die eingezeichneten Flächen herum. Die Karte und die Informationen der Bürgerinitiative beruhen auf Angaben der Bezirksregierung in Arnsberg und auf den Antragsunterlagen.

In den zweieinhalb Stunden sprachen Claudia Kerkhoff und ihr Vorstandskollege Karl-Heinz Aus dem Bruch über mögliche Risiken eines weiteren Salzabbaus, zum Beispiel über die Gefahr von Hochwasser oder Starkregenereignissen in der Region und die Folgen, wenn sich der Boden in den nächsten Jahrzehnten absenken sollte. Sie erinnerten an die voll gelaufenen Keller im vergangenen Jahr in Menzelen, sie diskutierten die schwierige Klärung einer Schadensregulierung und die Frage, wer in Zukunft die Kosten übernehmen würde. Es müsse einen Fonds für die Ewigkeitslasten geben, sagte Claudia Kerkhoff. Sollte ein Bergbau-Unternehmen einmal nicht mehr existieren, sehe sie die Gefahr, „dass die Kosten sozialisiert werden und dann der Bürger wieder die Kosten trägt“.

Claudia Kerkhoff sagte auch deutlich, dass das Salz gebraucht werde. Es sei aber nicht untersucht worden, in welcher Menge es am Niederrhein überhaupt abgebaut werden müsse und was dafür getan werden könne, „um den Schaden so klein wie möglich zu halten“. Aber Umweltprobleme im Zusammenhang mit dem Salzbergbau „baden wir als Bevölkerung aus“. Deshalb habe die Bürgerinitiative einige „Mindestforderungen“, wenn der weitere Salzabbau genehmigt werden sollte, wovon in den nächsten Wochen auszugehen sei. Dazu gehörten unter anderem „dezidierte Vorausberechnungen“ der Senkungsprognosen, eine Darstellung der künftigen Gegenmaßnahmen und ein jährliches Monitoring durch unabhängige Gutachter.

(wer up)

Link kopiëren